

**Tagesordnung 2 Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 06.12.2006**

Vorlage Nr. 06-V-40-0047

**Projekt: Ganztagsversorgung an Schulen - Zusammenführung bestehender Arbeits- und Prüfaufträge im Bereich der ganztägig arbeitenden Schulen und der betreuenden Grundschulen**

---

**Beschluss Nr. 0388**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass folgende Prüf- und Arbeitsaufträge im Zusammenhang mit ganztägig arbeitenden Schulen (dieser Begriff ist in dieser Sitzungsvorlage zusammenfassend für die bestehenden Ausprägungen von Ganztags- bzw. ganztagsähnlichen Angeboten zu verstehen) durch die Körperschaften beschlossen wurden:

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 0007 vom 12.02.2004:

„(...)“

1. Es wird eine Arbeitsgruppe zu dem Projekt „Ganztagschulen“ gebildet. Die Projektleitung übernimmt Dezernat VIII/40. An der Arbeitsgruppe sind die Ämter 51, 64 und 20 zu beteiligen. Die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen sind in die Arbeitsgruppe einzubeziehen. In Teilbereichen sind u.a. die Ämter 10 und 52 einzubeziehen.

Aufgabenstellungen sind:

- Ermittlung der vorhandenen Infrastruktur und die Möglichkeiten einer Integration (Bibliotheken, Sportangebote usw.),
  - Vorschlag einer Festlegung, welches Ganztagsangebot in welchem Umfang die Stadt Wiesbaden anbieten sollte (Konzeption / Strategie), Sozialpolitische Bedarfslagen sind dabei zu berücksichtigen. Für den Schul- und Jugendhilfeträger Landeshauptstadt Wiesbaden ist die sozialpolitische Dimension von ganztägig arbeitenden Schulen von zentraler Bedeutung:
    - Fördernde Auswirkungen auf den Schulstandort und das Schulumfeld,
    - Verbesserung der Bildungschancen von Benachteiligten, insbesondere Migranten.
  - Grob überschlägige Investitionskostenschätzung,
  - Grob überschlägige Folgekostenschätzung,
  - Aufstellung eines Zeitplanes für das Projekt,
  - Regelmäßiges Berichtswesen an die Gremien; erster Bericht rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen.
2. Der Magistrat (Dezernat V/11 gemeinsam mit Dezernat VI und Dezernat I) wird gebeten zu prüfen, ob die zur Zeit geteilte Zuständigkeit bei den Betreuenden

Grundschulen in einem Dezernat zusammengefasst werden kann.“

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 0521 vom 16.12.2005:

„(...)

8. Unter der Federführung von Dez. VI/51 ist eine Arbeitsgruppe mit Dez. VIII/40 zu bilden, die die Abwicklung Mittagstische an den betreuenden Grundschulen (Essensbereitstellung, Catering, Küchenpersonal, Kücheninfrastruktur etc.) überprüft.“

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung (Ziffer 1., erster Spiegelstrich) gegründete „Arbeitsgruppe Ganztagschulen“ die Verwaltung beauftragt hat, ein Konzept für den Einsatz von „Hartz IV-Kräften“ im Rahmen von Mittagessenangebot an Schulen zu erarbeiten.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Themenbereich (unter Beibehaltung der bisherigen Zielsetzung einer möglichst weitgehenden Einführung von ganztägig arbeitenden Schulen in Wiesbaden) unter folgenden veränderten Rahmenbedingungen zu beurteilen ist:
  - das Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung 2003-2007 – läuft in 2007 aus (in 2007 steht keine volle Jahresrate mehr zur Verfügung),
  - die Nachfrage nach entsprechenden Angeboten steigt über alle Schulformen hinweg stetig (durch die Einführung der verkürzten Gymnasialzeit bis zum Abitur auf 8 Schuljahre ist die Steigerung im Bereich der Gymnasien rasant)
  - Bis zum Jahr 2008 stellt das Land Hessen stadtweit nur insgesamt eine Lehrerstelle jährlich zum Ausbau von Ganztags- bzw. ganztagsähnlichen Angeboten an Wiesbadener Schulen zur Verfügung,
4. Im Rahmen des zu gründenden Projektes ist daher zusätzlich zu den bereits erteilten und in den Ziffern 1. bis 2. dieses Beschlusses aufgeführten Aufträgen eine Übersicht der bestehenden Betreuungs-, Schulsozialarbeits- und Ganztags- bzw. ganztagsähnlichen Angeboten vorzulegen, einschließlich einer Information über die jeweilige personelle Ausstattung. Vor diesem Hintergrund sind folgende Fragestellungen zu prüfen:
  - bieten die seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehenden Betreuungsangebote an 14 Grundschulen und / oder die an 8 Haupt- und Gesamtschulen sowie der Förderschule Comeniuschule bestehenden Angebote der Schulsozialarbeit Optimierungsmöglichkeiten, mit dem Ziel, mit dem vorhandenen Personal einer größere Zahl von Schülerinnen und Schülern zu betreuen als bisher,
  - ist es möglich, im Einvernehmen mit dem Staatlichen Schulamt für die Landeshauptstadt Wiesbaden und den Rheingau-Taunus-Kreis, die seitens des Landes für Ganztags- bzw. ganztagsähnliche Angebote in Wiesbaden zur Verfügung gestellten Lehrerkontingente bedarfsgerecht umzusteuern,
  - besteht die Möglichkeit (und wenn ja zu welchen Bedingungen) unter Einbeziehung von Vereinen, Kirchengemeinden des jeweiligen Stadtteils, freien Trägern, Einrichtung der Jugendhilfe pp. zusätzliche Betreuungsleistung für die Wiesbadener Schülerinnen und Schüler anzubieten?
5. Dem anliegenden Entwurf des Projektauftrages wird zugestimmt.
6. Von den in den Erläuterungen dargestellten Projektphasen und Zeitdauer wird Kenntnis genommen.
7. Die Federführung im Rahmen des Projektes obliegt Dezernat I.

(antragsgemäß Magistrat 28.11.2006 BP 1060)  
(Ausschuss für Schule und Kultur 30.11.2006 BP 0092)

**Tagesordnung II**

Wiesbaden, .12.2006

Horschler  
Vorsitzender